

# Breslauer

Mittagblatt.



Sonnabend den 15. März 1856.

Nr. 128

## Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 14. März. 3 p. Et. Rente 73, 30. 4½ p. Et. Rente 94. Silber-Anleihe 89. Oeffentl. St.-G.-Akt. 925. Cred.-Mob.-Akt. 1580. Oeffentl. Cred.-Akt. 885. Die Spekulanten waren Anfangs unentschlossen. Börsenschluß ziemlich fest, belebt.

London, 14. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 92%.

Wien, 14. März, Nachmittags 12 Uhr 45 Min. Stimmung flau. — Schluss-Courte:

Silber-Anleihe 90. 5 p. Et. Metall. 84½. 4½ p. Et. Metalliques 74¾. Bank-Aktien 1070. Nordbahn 291½. Centralbahn 101½. 1839er Loos 135½. 1854er Loos 111½. National-Anlehen 86. Oeffentl. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 266½. Bank-Int.-Scheine 335. Credit-Akt. 360. London 10, 05. Augs. 101½. Hamburg 75. Paris 120½. Gold 6½. Silber 3½.

## Telegraphische Nachrichten.

Paris, 14. März. Der heutige "Moniteur" meldet, daß Preußen zum Eintritt in die Konferenzen eingeladen worden sei, und daß der Ministerpräsident Freiherr v. Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf v. Hatzfeldt, Preußen auf der Konferenz vertreten werden. — Ueber das Verfinden des Prinzen Jerome wird gemeldet, daß der Husten sich verschlimmert habe. Ein notwendig gewordenes Abführmittel habe Erleichterung herbeigeführt. — Der Bantstatus ist ziemlich günstig.

London, 13. März, Nachts. In soeben beendigter Sitzung des Unterhauses sagte Palmerston, er sei überzeugt, daß nach hergestelltem Frieden den Parteien in der Krim Amnestie ertheilt werden würde. Palmerston verweigte es, darüber Auskunft zu ertheilen, ob Preußen zur Theilnahme an den Konferenzen eingeladen sei und ob die italienische Frage in Paris zur Sprache kommen werde, weil eine strenge Geheimhaltung der Konferenz-Verhandlungen beschlossen worden sei. — Napier wirft auf Graham die Schuld des geringen Erfolges, den die unter seinem Befehle gestandene Ostsee-Expedition gehabt und beantragt Niedersetzung eines Untersuchungs-Ausschusses. Der Antrag wurde ohne Abstimmung verworfen, nachdem Graham die Anklagen auf Napier, als den Schulden, zurückgeworfen hatte.

## Preußen.

Berlin, 14. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Ober-Postdirektor Herzberg zu Münster den rothen Adlerorden zweiter Classe mit Eichenlaub, den Schullehern John zu Leobsdorf und Little zu Wallendorf, im Kreise Namslau, das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Hütten-Inspektor Reischel zu bruch, im Kreise Bochum, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen. — Der Stadt- und Kreisrichter Dr. Baum-Hambroo in Danzig ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht zu Marienwerder, so wie bei dem Kreisgericht daselbst, und zugleich zum Notar im Orpartement des ersten ernannt worden. — Der bei der aachen-Düsseldorf-ruhrorter Eisenbahn als Maschinenmeister angestellte August Dehnst ist zum königlichen Eisenbahn-Maschinenmeister ernannt worden.

Berlin, 13. März. [Zur Tages-Chronik.] Se. Majestät der König traf heute Früh von Charlottenburg hier ein und wohnte mit den anwesenden Prinzen des königl. Hauses der Einsegnung der Leiche des General-Polizei-Direktors v. Hinckeldey im Polizei-Präsidial-Gebäude bei. Sämtliche Minister, mit Ausnahme des Kriegs-Ministers, die General-Adjutanten Sr. Majestät des Königs v. Neumann und v. Gerlach, der Oberbefehlshaber in den Marken, General der Kavallerie v. Wrangel, der General Graf v. d. Gröben, die Generale v. Hahn, v. Peucker, v. Schöler, Encke u. A. m., der Stadt-Kommandant General-Major v. Schlichting und der Kommandant des Invalidenhauses General-Major v. Maliszewski wohnten ebenfalls der Feierlichkeit bei. — Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig gedenkt morgen Früh 7 Uhr nach Braunschweig zurückzufahren. — Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich v. Hessen traf vorgestern Vormittag, von Neu-Strelitz kommend, hier ein und setzte ohne Aufenthalt mit der anhaltischen Bahn die Weiterreise fort. — Der Minister-Präsident Frhr. v. Manteuffel wird sich, wie wir hören, morgen (14.) Abends nach Paris begeben, um Preußen bei der Friedens-Konferenz zu vertreten. In der Begleitung Sr. Excellenz werden sich befinden die Legations-Räthe Frhr. v. Rechenberg und Harry v. Arnim, der Geh. Rath Weymann und der Kammerherr Ebert. — Der Flügel-Adjutant Sr. Majestät des Königs Oberst Frhr. v. Manteuffel ist gestern von Wien hier wieder eingetroffen. (N. Pr. 3.)

[Ueber die Feierlichkeit bei Beerdigung des Herrn v. Hinckeldey] bringt die "Zeit" noch Folgendes: Die Poststraße, die Breite-Straße, der Mühlendamm, die Stralauer-Straße und die Neue Friedrichstraße waren für den allgemeinen Verkehr abgesperrt, da alle diese Straßen erforderlich waren, um die vielen Wagen der Theilnehmer aufzunehmen. Die umfangreichen Räume des Polizei-Präsidiums reichten nicht aus, um das Leichengefölge vollständig zu fassen, so daß sich ein großer Theil desselben, namentlich die Deputationen der Gewerke und Korporationen, auf der Straße versammeln mußte. Um 9 Uhr erschien Se. Majestät der König mit sämtlichen zur Zeit hier anwesenden Prinzen der königlichen Familie. Wir bemerkten darunter namentlich die Prinzen Friedrich Wilhelm, Karl, Adalbert, Friedrich, Georg, gefolgt von den höchsten Chefs des Militärs, namentlich den Generälen v. Wrangel, v. Gerlach, v. Möllendorf, v. Schöler, Encke, v. Gröben, v. Falkenstein, v. Neumann, v. Maliszewski, v. Peucker, v. Hahn, den Kommandanten v. Schlichting. Inzwischen hatten sich auch fast sämtliche höhere Staatsbeamte eingefunden, namentlich die sämtlichen Staatsminister, den Herrn Ministerpräsidenten an der Spitze, mit Ausnahme des Herrn Kriegsministers. Nicht minder hatten fast alle Behörden der Stadt Deputationen entsendet und waren insbesondere der Magistrat und die Stadtverordneten zahlreich vertreten. Auch aus dem Hause der Abgeordneten erschienen wir zahlreiche, zum Theil bekanntere Persönlichkeiten, als die Herren v. Patow, Geheime Kommerzienräthe Diergardt und Carl und viele Mitglieder der Rechten des Abgeordnetenhauses, ferner waren zugegen Alexander v. Humboldt, der General-Intendant v. Hülsen, der hier anwesende General-Konfult Minutoli, der Bischof Neander, der Graf v. Redern u. A. m. Die

königliche Familie begab sich zunächst zu den gebeugten Hinterlassenen des Verstorbenen und richtete insbesondere des Königs Majestät erhebende Worte des Trostes an die Witwe.

Gegen 10 Uhr entwickelte sich der Leichenzug auf dem Molkenmarkt und nahm seinen Weg durch die Poststraße, Königsstraße, über den Alexander-Platz zum Prenzlauer Thor. Der Zug dauerte gewiß eine Stunde lang und war kaum geschlossen, als der Anfang derselben schon auf dem Kirchhofe angekommen war. Der Leichenwagen war mit Blumen und Palmen reich dekoriert und befanden sich auf demselben der Degen, die Späuletten und der Hut des Verstorbenen. Es folgten dann die Leidtragenden, geführt von einer zahlreichen Geistlichkeit. Man bemerkte namentlich den ältesten 17-jährigen Sohn des Verstorbenen, welcher sich zur Zeit auf der Schule im Kloster Rosleben befindet und erst in der vergangenen Nacht hier angekommen war, nachdem er die ganz unerwartete Trauerfeier erhalten hatte; ferner den Bruder des Verstorbenen, den Kammerherrn von Hinckeldey, und dessen Sohn, welcher hier selbst als Referendarius beschäftigt ist. Dann folgten die Beamten des Ministeriums des Innern mit des Herrn Ministers von Westphalen Excellenz an der Spitze. Ferner die große Zahl der Beamten des Polizei-Präsidiums, geführt vom Ober-Regierungsrath Lüdemann. Sechs Marschälle schieden das Polizei-Präsidium von den übrigen im Zuge vertretenen Behörden. Dann folgten die anderen das Leichengefölge bildenden Personen in bunter Reihenfolge. Man unterschied darin fast alle Stände und Konfessionen der hiesigen Einwohnerchaft.

Auf dem Kirchhofe fand bei der Einführung nur eine kurze Feierlichkeit statt und wurde die Leiche hier von dem Prediger Siegel unter Trauergesängen, zu denen sich mehrere Gesangchöre mit Musikbegleitung vereinigt hatten, eingesegnet. Stumm und traurig trennte sich die zahlreiche Versammlung. Gewiß wird das Andenken des Verstorbenen noch lange in uns fortleben; die von ihm begründeten segensreichen Werke und organischen Einrichtungen werden ihm das beste dauerndste Denkmal bilden.

Zu der gestrigen Leichensei der Herrn v. Hinckeldey waren auch zahlreiche Theilnehmer von außerhalb herbeigeeilt. Man bemerkte namentlich in dem Leichenzuge den General-Polizeidirektor Dr. Wermuth von Hannover, welcher noch besondere persönliche Aufträge seines Königs und seiner Königin an die Familie des Verstorbenen auszurichten gehabt hat. Ferner war das Königreich Sachsen durch den Geheimen Regierungsrath Körner, den Polizeidirektor von Pflug und den Gendarmerieinspektor Seidendorfer aus Dresden vertreten.

[Die Veranlassung des v. Hinckeldeyschen Duells.] Der "Publicist" enthält mehrere Ergänzungen in Betreff der zu dem unglücklichen Duell führenden Umstände. Als zweifellos ist zu betrachten, daß die erste Veranlassung in dem Einschreiten gegen die Hazardspiele des Jockeyclubs lag. Es folgten Reklamationen der Betroffenen gegen Hrn. v. Hinckeldey. Von einer vertraulichen Neuherung, die Herr v. Hinckeldey im Verlaufe derselben unter vier Augen gethan, wurde ein ostensibler Gebrauch gemacht, und aus dieser Indiskretion sind die weiteren Verwicklungen entstanden, welche zuletzt Hrn. v. Hinckeldey zu einem äußersten Entschluss nötigten. Gewiß ist, daß er zu jeder ehrenhaften Aussgleichung bereit war, man ihm aber Bedingungen stellte, die mit seinem Amte unverträglich waren; völlig unrichtig ist, daß der Geh. Regierungs- und vortragende Rath im Ministerium des königlichen Hauses, Herr v. Naumer, und der Graf v. Caniby, von denen der erste am Dinstag sich das Leben genommen hat, der andere aber im Duell getötet ist, mit dieser Angelegenheit in Beziehung ständen. Namentlich ist dem entschieden zu widersprechen, daß einer von ihnen beauftragt gewesen wäre, das Duell zu verhindern, diesen Auftrag aber versäumt hätte. Was Herrn v. Kochow betrifft, heißt es weiter, so hat sich derselbe nur zwölf Stunden lang im Kriminalgefängniß befunden. Als Premierleutnant in der Landwehr wurde er am Dinstag Früh von dem Generalkommando des Gardekorps reklamiert und sofort an zwei zu dem Zwecke abgesandte Offiziere überlieffert. Er kam zunächst zum Militärarrest, von wo er aber noch an demselben Tage auf freien Fuß gesetzt wurde. Die gerichtliche Untersuchung wird ihren Fortgang haben. Aus den Militärstrafgeisen geht hervor, daß die Strafe, welche hier Platz zu greifen hat, Festungsarrest auf 6 Monate bis zu 5 Jahren ist, selbst dann, wenn man die Verordnung vom 20. Juli 1844 auch anwendbar auf Duelle zwischen Offizieren und Civilisten erachtet wollte. Wie man hört, hat Herr v. Kochow sich auf sein Ehrenwort einstweilen nach seinem Gute Pleßow bei Potsdam begeben.

[Herr von Hinckeldey und das Herrenhaus.] Von dem Schriftführer des Herrenhauses, Herrn Oberbürgermeister Piper, ist der "V. 3." gestern nachfolgender Artikel, mit der Bitte um Veröffentlichung derselben „unter Berlin“, zugegangen:

"In der heutigen Nr. dieser Zeitung wird der Aufruf des Präsidienten des Herrenhauses, Prinzen zu Hobenlohe, rücksichtlich des zwischen dem Mitgliede dieses Hauses von Kochow-Plessow und dem General-Polizeidirektor von Hinckeldey stattgehabten, leider unglücklich beendeten Duells, in einer Weise erwähnt, die eine Erwiderung nötig macht, um Missdeutungen entgegenzuhalten. Der Präsidient des Herrenhauses war verpflichtet, der Abweisbarkeit des gedachten Mitgliedes zu erwähnen, einmal weil jede Entschuldigung hier um so mehr, da Herr von Kochow im Hause ein Schriftführeramt bekleidet, dann aber ferner und besonders, weil das Haus in die Lage gebracht werden mußte, darüber einen Antrag entgegenzunehmen, ob die im Art. 84 der Verfassungsurkunde auf den Beschluß des Hauses anzuordnende Aufhebung des Strafverfahrens stattfinden solle oder nicht. Wenn diese Mittheilung in allgemein ehren und dem Stande des Herrn von Kochow zukommenden Ausdrücken erfolgte, so liegt es nahe, daß hier durch den noch in gestriger Sitzung rühmend erwähnten Gegner des Herrn von Kochow weder zu nahe getreten ist, noch viel weniger zu nahe getreten werden sollte, wogegen die in dem Eingang gedachten Artikels gemachte Aufstellung: daß das Duell selbst nicht „vom Postamente des objek-

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Aufgaben  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

# Zeitung.

Nr. 128

tiven Rechts“ aus verwerflich erklärt worden, umso weniger begründet ist, als unter Mitgliedern des Militärstandes — wo Herr v. Kochow und der Präsidient des Hauses zählen — das Duell unter Umständen für erlaubt, wenigstens straflos gilt. (Bergl. allerh. Kabinettsordre vom 27. September 1845, Ges.-S. S. 681.) Die Ausführungen jenes Artikels entbehren hier nach der thatächlichen Begründung."

Wir halten es — sagt die "Voss. 3." — nicht für angemessen, an diese Ausführungen irgend eine weitere Bemerkung zu knüpfen, unsre Leser werden dieselben selbst zu beurtheilen wissen.

[Wilh. v. Naumer.] Der so unerwartet aus dem Leben geschiedene Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Georg Wilhelm v. Naumer, welcher eine Reihe der wichtigsten und mit allerhöchstem Vertrauen bekleideten Amtser verwaltete, indem er vortragender Rath im Ministerium des königl. Hauses mit unmittelbarem Vortrage vor Sr. Majestät dem Könige, so wie in Verwaltungs-Angelegenheiten des königl. und prinzlichen Fidei-Commisses, ferner Geschäftsführer des unter Ihrer Majestät der Königin stehenden Luisenordens, auch (seit 1844) Mitglied des Staatsrathes, insbesondere in den Abtheilungen für auswärtige Angelegenheiten und das Financie, so wie Mitglied der General-Ordens-Commission war, ist zu Anfang dieses Jahrhunderts in Berlin geboren, Sohn des im Jahre 1833 verstorbenen Wirklichen Geheimen Rathes und Direktors der Archive Carl Georg v. Naumer, welchem Unte er späterhin selbst eine Zeit lang vorstand. Nachdem er das Friedrichs-Werdersche Gymnasium absolviert hatte, studirte er in Göttingen, Berlin und Heidelberg die Rechte, trat 1823 als Auskultator beim hiesigen Stadtgericht ein, wurde 1825 Referendarius beim Kammergericht, und sah sich durch das daselbst aufbewahrte kurmärkische Lehnsarchiv auf das Studium der brandenburgischen Geschichte hingerichtet. 1827 zum Kammergerichts-Assessor ernannt, wurde er 1829 Hilfsarbeiter im Finanzministerium, 1833 Regierungsrath und vortragender Rath bei der Archiv-Beratung und im Hausministerium, 1839 bei Gelegenheit des Reformations-Jubiläums an der Universität Berlin zum Dr. juris creirt und im folgenden Jahre in den Staatsrath berufen. Er war außerdem Mitglied des Kirchenvorstandes der Matthäikirchengemeinde. Der Verstorbene hat sich als gelehrter und diplomatischer Schriftsteller einen geachteten Namen erworben, so schrieb er schon 1830 „Ueber die älteste Geschichte und Verfassung der Kurmark Brandenburg.“ Dieser Schrift folgte der „Codex diplomaticus Brandenburgensis continuatus“, 1831—33, 2 Bde. 4.; die Herausgabe der „Mémoires originaux sur le règne et la cour de Frédéric I., roi de Prusse, par le Comte de Dohna“; die „Regesta historiae Br.“ nebst Kartern und Stammtafeln, so wie andere Schriften und Aufsätze in v. Ledebur's Archiv, märkischen Forschungen u. a. Zeitschriften.

[Dr. Häring.] Den überaus zahlreichen Freunden des vor einigen Wochen so bedenklich erkrankt gewesenen Dr. Häring dürfte es erfreulich sein, zu erfahren, daß derselbe sich bereits in der vollen Besserung befindet, und daß er schon gestern im Stande war auszufahren.

[40. Sitzung des Hauses der Abgeordneten] am 13. März. In der heutigen Sitzung über gab der Handelsminister zwei Gesetzentwürfe: 1. die Zinsgarantie einer Eisenbahn von Hagen nach Siegen und 2. einer hinterpommerschen betreffend. Das Haus ging darauf zur Beratung des Gesetzes, betreffend die Einführung eines allgemeinen Landesgewichts. Die §§ 1—7 wurden angenommen; zu § 8 wurde vom Abgeordneten v. Hertefeld der Antrag gestellt, den Zusatz zu bringen: „der dadurch aufkommende Mehrbetrag an Mahl- und Schlachtfeste wird den pflichtigen Städten aus der Staatsschafft erstattet.“ Das Amending wird angenommen, so wie schließlich das Gesetz selbst. Es folgen 2. die Beratung des Berichts der Kommission zur Prüfung des Staatshaushalt-Stats, betreffend die Stats: für das Bureau des Staatsministeriums, für die Archive, für das Staatssekretariat, für die General-Ordnungskommission, für das geheime Civillikabinett, der Ober-Rechnungskammer, der Ober-Examenskommission für die Prüfung zu höheren Verwaltungssämttern, des Disziplinarhofes. 3) Bericht derselben Kommission, betreffend die Stats: 1. der verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassen-Verwaltung, II. der Einnahmen und Ausgaben-Rückstände aus dem Jahre 1854 und zurück, III. des Finanzministeriums. 5) Bericht derselben Kommission, betreffend den Etat des Eisenbahn-Verwaltung. 4) Bericht derselben Kommission, betreffend die Stats: 1. der verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassen-Verwaltung, II. der Einnahmen und Ausgaben-Rückstände aus dem Jahre 1854 und zurück, III. des Finanzministeriums. 5) Bericht derselben Kommission, betreffend den Etat der Lotterie-Verwaltung; 1. den Bericht der Lotterie-Verwaltung; 2. den Bericht der Einnahmen und Ausgaben-Rückstände aus dem Jahre 1854 und zurück, III. des Finanzministeriums. 6) Bericht derselben Kommission, betreffend die Einnahmen des Staates aus dem Seehandlung-Institut und den Bevollungsetat derselben für 1856. Die Positionen werden sämtlich angenommen. Zum Etat für die Lotterie-Verwaltung bringt der Abgeordnete Kühne (Berlin) folgendes Amending ein: Das Haus wolle beschließen: 1) daß für die 114te Lotteriezierung über das Maximum von 90,000 Trossen nicht hinausgegangen werden darf, dagegen der königlichen Staatsregierung überlassen bleibt, den Preis der Loos der 3ten Classe von 10 auf 15 Thlr. zu erhöhen; 2) den Etat zur Entgegennahme der desfallsigen Erklärungen der königlichen Staatsregierung und zur anderweitigen Feststellung an die Budget-Kommission zurückzuverweisen. Dieser Antrag, so wie ein anderer des Abgeordneten Lette werden schließlich verworfen. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

## Deutschland.

[Frankfurt a. M., 11. März.] In der Sitzung der Bündesversammlung vom 6. d. M. machte der mit Veröffentlichung der Bündestagsverhandlungen betraute Ausschuß darauf aufmerksam, daß der von den vereinigten Ausschüssen bezüglich der orientalischen Angelegenheit in der Sitzung vom 21. Februar gestellte Antrag, ebe er noch zum Beschluß erhoben war, von einem hamburgischen Tageblatt wörtlich veröffentlicht worden sei und wenige Tage später sich in eben diesem Blatt ein vollständiger Abdruck des betreffenden Ausschussvortrags befunden habe; da nun dieser Veröffentlichung, allem Anschein nach, eine strafbare Verlezung des Amtsgeheimnisses zu Grunde liege, so wurde daraufhin beantragt, den Senat der freien Stadt Hamburg zu ersuchen, wegen der hier indizierten Verlezung von Amtsgeheimnissen Untersuchung einleiten und deren Ergebnis mittheilen lassen zu wollen. Dieser Antrag wurde sofort zum Beschluß erhoben.

\* [Hamburg, 11. März.] Eine sehr interessante Sammlung, auch für weitere Kreise, ist so eben erschienen: Die Conclusa der "Verfassungswächter" (die Oberalten), vom Februar 1855 bis Ende Februar d. J. in 7 Nummern, sämtlich die Neuer- und ihre Verwerfung betreffend. In Nr. 4 derselben sprachen die ehrbaren Herren die Hoffnung aus, der Senat werde die mit ihnen dieferhalb gepflogenen Verhandlungen dem Verfassungsausschuß des Bündestags mittheilen; natürlich hat der Senat nicht daran gedacht. — Der hanseatische Zopf, der an dieser ganzen, bis zur Widerlich-

keit abgedrostenen Geschichte hängt, ist und bleibt ellenlang. — Kürzlich ist hieremand aus Verschenk über-Lieutenant geworden, ein Beweis, wie pünktlich es bei unserer Bürgergarde hergeht. Ein im dritten Bataillon dienender Agent wurde zum Seconde-Lieutenant erwählt. Er bat den Obersten Nicol, seine Ernennung zurückzunehmen, da er gar nicht Offizier werden wolle. Dieser verweigerte ihm das. Das Patent kam an, aber für den Ober-Lieutenant ausgesetzt und in höflicher Form bestätigt. Der neue Offizier besitzt sich jetzt eines Anderen und beschließt diese Charge bezubehalten, sendet auch alle Schreiben, die diese nicht enthalten, zurück. Höheren Orts merkt man das Versehen und bemüht sich, jedoch vergebens, das Patent zurückzuhalten, denn der Herr Ober-Lieutenant beruft sich eben darauf. Die ganze Angelegenheit liegt jetzt dem Generalissimus, Bürgermeister Kellinghusen, zur Entscheidung vor.

### Dänemark.

\* Kopenhagen, 5. März. Obgleich man auf die Freisprechung der angeklagten Minister hier von vornherein gefast war, so hat sie doch einige Aufregung verursacht. Sie ist übrigens von allen Befonnenen gewünscht worden. Die Staatskasse hat die nicht unbedeutenden Prozeßkosten zu tragen, abgelehnt von dem Ankläger, dem 2000 Thlr. N. M. und den Abvota-ten, denen jedem 4000 Thlr. N. M. Entschädigung gerichtlich zugesprochen worden sind. — Der Reichsrath ist seit dem 1. d. Ms. zusammengetreten und eine nähere Spezialisierung dieser hohen Korporation dürfte Ihnen interessant sein. Er besteht aus drei Kategorien: a) Königswahl; b) indirekte und c) direkte Wahl und diese finden wieder statt: 1) für das Königreich; 2) für Schleswig; 3) für Holstein und 4) für Lauenburg. Die her-vorragendsten Mitglieder der ersten Kategorie sind: Graf A. W. Moltke, Bardenfleth, Reeh (Geheimräthe), Asseff, Mourier, Oberst Scherning, Graf Neventlow, Farve, Oberappellationsrath Burchardi und Bürgermeister Kirchhoff. Der zweiten Konferenzräthe Brun und Larsen, Amtmann Lehmann, Pastor Lindberg, Kapitän Turen, Redakteur Hansen, Kultusminister Hall, Bischof Monrad, Amtmann Wannstedt, Ober-Präsident v. Scheel-Plessen, Baron Blome, Graf Neventlow-Zarsbeck und Buchhändler Pauli. Der britische Finanzminister André, Geheimräthe Bluhme, Graf Holstein, Konferenzräthe Madvig, Amtmann Rosenørn, Geheimräthe Tillisch, Gutsräthe Westenholtz, Geheimräthe Scheele, Advokat Bargum und die Grafen Moltke (Administrator) und Baudissin. Im Ganzen zählt die erste Kategorie 20, die zweite 29 und die dritte (bei der Lauenburg noch nicht vertreten) ist 30 Mitglieder. — Zum Präsidenten wurde bereits durch königl. Ordre der Professor an der Universität Kopenhagen, Inspektor des Unterrichtswesens, Konferenzräthe Dr. Madvig und zum Vicepräsidenten der Rath im holstein-lauenburgischen Appellationsgericht Dr. Burchardi ernannt. Dem Sprachunterschied nach sind 53 dänisch und 27 deutschsprachige Mitglieder zugegen, indem alle holstein-lauenburgischen und 8 schleswigsche Deputierte deutsch reden. In politischer Beziehung werden 47 Mitglieder für das Königreich, 6 für Schleswig und 4 für Holstein für regierungsfreundlich gehalten. Die ritter-schaftlich-holsteinische Partei hat 14 Stimmen, 10 sind neutral oder doch unbestimmt. Die Rechte hat also etwa 34, das Centrum 38 und die Linke (die sogenannten Bauernfreunde) 8 Mitglieder. Der Stellung nach sind im Reichsrath 3 aktive und 11 vormalig Minister, 4 Professoren, 3 Offiziere, 1 Geistlicher und 1 Diplomat. Darunter sind 10 Excellenzen und 14 Kammerherren. — Graf Neventlow-Criminil hat abgelehnt.

### Osmansches Reich.

Konstantinopel, 28. Februar. Die „Times“ bespricht das Projekt einer türkischen Bank nach dem Muster des französischen oder österreichischen Credit-Mobilier, mit welchem sich die ottomantische Regierung angeblich beschäftigt. Sie redet dem Unternehmen lebhaft das Wort und wünscht ihm eine möglichst nationale Basis. Die Türkei, bemerkte sie bei dieser Gelegenheit, hat sehr viel müßiges Kapital liegen; es gibt wenig Länder, wo Privatleute so viel baar Geld in der Tasche haben; und dies gilt nicht bloss von den höheren Klassen. Selbst der ärmste türkische Soldat, der seit Monaten oder über ein Jahr lang auf seinen rückständigen Sold wartet, ist selten ohne ein Dutzend Goldstücke in seiner Börse, wenn er sie nicht in seinem zerlumpten Rock eingehäutet hat. Die Gewohnheit des Verscharrens und Ansammelns, welche beim untern Volke aus dem Gefühl der Unsicherheit entspringt, kommt bei den höheren Ständen daher, daß es ihnen an Mitteln fehlt, ihr Kapital anzulegen. Einige Paschas in der Hauptstadt haben begonnen, sich bei gewerblichen und Handelsunternehmungen zu beteiligen, aber ihre Zahl ist gering. Andere haben Güter (Tschiflik) gekauft, wissen sie aber nicht zu bewirtschaften. Reshid Pascha kaufte im Gemeinschaft mit Andern vor einigen Jahren einen großen, fruchtbaren, von den Flüssen Euro und Arta bewässerten Landstrich in Epirus, der Ali Paschi von Janina gehört hatte und konfisziert worden war. Jahre lang trug das Gut nicht mehr als 70,000 Piaster jährlich. Da zogen sich die andern Besitzer zurück und Reshid Pascha übergab die Verwaltung einem intelligenten Europäer, dem er 10 Prozent von dem Netto-Einkommen zuschreibt. Die Folge ist, daß das Gut seit 2 Jahren 700,000 Piaster jährlich trägt. Außer dem Bankprojekt beschäftigt die türkische Regierung der Plan einer Eisenbahn nach Belgrad. Die Strecke (800 engl. Meilen) wurde schon vor Jahren von Mr. Leahy vermessen, aber der Krieg hinderte den Bau, der jetzt wieder aufgenommen werden soll. Für europäische Spekulanten ist zu bemerken, daß der Passagier-Verkehr, der einzige, (?) durch den sich eine Bahn rentiert, in der Türkei gleich Null ist; in der Ausfuhr von Rohprodukten aber werden die eigentlich türkischen Provinzen, bei aller Fruchtbarkeit, nicht mit der Wallachei konkurrieren können. — Die Kohlengruben bei Kosloo, die seit 18 Monaten von der englischen Regierung ausgebaut werden, geben in der kurzen Frist von 14 Monaten 42,812 $\frac{1}{2}$  Tons. Die Bearbeitungs- nebst den Verschiffungskosten machen zusammen 32,198 Pf., so daß die Ton auf 47 S. 6 $\frac{1}{2}$  D. kommt, während englische Kohle voriges Jahr in Konstantinopel 55 Sh. per Ton kostete. Ein anderes Kohlenlager von noch besserer Qualität hat man bei Uzelmas, in der Nähe von Koslu, entdeckt, so daß jetzt die Rente davon ist, 10,000 Pf. auf den Bau einer Bahn von dort nach Zungelduf zu verwenden. — Aus Trapezunt hört man, daß Omer Pascha dort mit einem Paar Bataillonen angelangt ist und nach Konstantinopel kommen will.

# Bukarest, 4. März. Der Sohn unseres Fürsten, Prinz Georg Stirbey, ist am 2. von hier nach Paris abgereist. Man spricht auch davon, daß der Fürst selbst Anstalten zur Reise nach der französischen Hauptstadt trifft und man knüpft an diese Reise die verschiedenen Muthmaßungen. Wenn man bedenkt, daß in Zukunft die Fürstentümre erblich verliehen werden soll und Stirbey in dem Großjährigen Constant Kanta zu einem mächtigen Rivalen hat, der schon längst im Geheimen agitiert, so gewinnt die Muthmaßung die Oberhand: Fürst Stirbey wolle durch sein persönliches Auftreten in Paris die Chancen für sich gewinnen. In einigen Tagen wird der Schwiegerson des Sultans hier erwartet, welcher in Begleitung der fremden Kommissäre hier eintreffen soll.

Das vom außerordentlichen Divan ausgearbeitete Gesetz hinsichtlich der Emmanzipation der Zigeuner enthält auch einen Punkt, worin bestimmt wird, daß der Eigentümer, welcher seine Zigeuner freiläßt, ohne die Entschädigung von 10 Dukaten pr. Kopf vom Staate zu beanspruchen, in ein eigenes Buch mit goldenen Lettern eingetragen wird. In einigen Tagen wird hier die Befreiung der Zigeuner als Volksfest gefeiert, bei welchem natürlich die Zigeuner, unter denen sich manche schöne Preciosa befindet, die hauptsächlich spielen werden.

Unter den Straßen, welche auf Antrag der österreichischen Regierung in der Wallachei theils im Bau begriffen sind, theils demnächst in Angriff genommen werden sollen, erwähnen wir die Hauptstraße in der Richtung gegen Hermannstadt mit einem Kostenaufwande von 360,000 Piaster; die Hauptstraße von Bukarest gegen den Predjal in der Richtung gegen Kronstadt, welche in vier Abtheilungen, zu 281,000,

455,000, 373,000 und 207,000 Piaster vergeben wird. Sämtliche Linien sind bereits tracirt. Die Arbeiten werden nach den in Österreich üblichen Systemen der öffentlichen Verhandlung vergeben. Die Erdarbeiten müssen noch in diesem Jahre beendet, bis zum Jahr 1860 aber die sämtlichen Straßenzüge vollkommen hergestellt sein.

### Provinzial-Zeitung.

△ Breslau. [Die städtische Sparkasse.] Aus dem vom Magistrat veröffentlichten Berichte über die hiesige städtische Sparkasse für das Jahr 1853 entnehmen wir Folgendes:

Das eingegangene Kapital, zu Anfang des Jahres 1853 auf 20,862 Quittungsbücher mit 1,681,046 Thlr. 12 Sgr. 2 Pf. vertheilt, erhielt im Laufe desselben, mit Ein- schluss von 22,964 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf. Zinsen-zuwachs, eine Vermehrung von 510,425 " 10 " 6 " und erfuhr eine Verminderung von 492,362 " 1 " 6 " stellte sich also am Schlusse des abgelaufenen Jahres nur durch die nicht abgeholten Zinsen um 18,063 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf. höher als Ende 1854, das ist auf 1,699,109 Thlr. 20 Sgr. 8 Pf., über welche Summe 21,124 Stück Quittungsbücher umlaufen. Ein solches Resultat kann bei den Theurungsbewältigungen des vergangenen Jahres, die eher eine bedeutende Verringerung des Gesamt-Fonds erwartet ließen, als ein erfreuliches Zeugnis für das Betreiben der arbeitenden und dienenden Klasse unserer Einwohnerschaft gelten, ihre Nothpfennige möglichst zu vermehren oder unangetastet zu lassen. Wer da bemerkt kann, in wie kleinen, nur auf das äußerste Bedürfnis beschränkten Summen die Rückzahlungen erfolgen, und wie gern der Sparverein zur Kasse getragen wird, wenn nur einmal die erste Schen überwunden ist, sich mit einer, wenn auch noch geringen Summe, ein Sparkassenbuch zu erwerben, der wird in dem Sparkassenwesen überhaupt eines der wichtigsten Förderungsmittel der Ordnung und Wohlfahrt derer erkennen müssen, für welche solche Institute hauptsächlich errichtet sind. Zu dem Lohn, den die Sparfamilie in sich selbst trägt, hat das Königliche Ministerial-Reglement vom 22. Oktober 1854 einen neuen hinzugefügt durch die Vertheilung von Prämien aus den Zinsen des Provinzial-Hilfsfonds für solche Sparer, welche den arbeitenden und dienenden Klassen angehören, ihr Guthaben bei einer der Sparkassen Schlesiens innerhalb dreier Jahre nicht gekürzt haben und ihr Wohlverhalten nachweisen können. Freilich mögen dadurch bisweilen die günstigeren Verhältnisse der zum Antrage auf Prämierung geeigneten Personen einen Vortheil erlangen, auf den die wahre Würdigkeit anderer Sparer, die da vielleicht die Zinsen ihrer Ersparnisse zum Unterhalt bedürfen oder durch Unglücksfälle genötigt worden sind, einen Theil der Einlage zurückzuziehen, wenigstens gleichen Anspruch hätte; jedoch haben einmal für das Reglement Normen geschafft werden müssen, und bei größerer Bekanntheit der neuen, so dankenswerten Einrichtung, wird sich auch der Kreis der Prämirenden immer mehr erweitern.

In diesen Tagen ist der hiesigen Sparkasse für 129 ihrer Interessenten von dem Provinzial-Hilfsfonds zur weiteren Vertheilung ein Prämienbetrag von 1854 von 4058 Thlr. überwiesen worden.

Das gesamte Kapital der Einlagen ist angelegt:

a) in pupillaren Hypotheken-Instrumenten.	558,244 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf.
b) in 599,437 $\frac{1}{2}$ Thlr. Pfandbriefen, Stadt-Obligationen, Prioritäten der ober-schlesischen, niederschlesisch-märkischen u. aachen-düsseldorfer Eisenbahn, in Rentenbriefen und Staatsanleihe-Obligationen, deren sammel-Geldwert unter dem Zuges-course steht.	554,054, " 18 " 1 "
c) in Darlehen gegen Wechsel und Verpfändung inländischer öffentlicher coursiender Effekten.	575,139 " 8 " 5 "
d) in baaren . . . . .	11,671 " 4 " 11 "

Außerdem besitzt die hiesige Sparkasse einen Reservesfonds von 86,870 Thlr. 23 Sgr. 3 Pf., welcher also bereits die statutenmäßige Höhe von 5 Pf. des Interessenten-Kapitals übersteigen hat. Die Verwaltungskosten der Sparkasse, unter denen pro 1853 der Aufwand für die Erweiterung des Kassenlokals enthalten ist, betrugen im vergangenen Jahre 8 Sgr. 3 Pf., im Jahre 1854 8 Sgr. 6 $\frac{1}{2}$  Pf., im Jahre 1853 6 Sgr. 9 Pf. vom Hundert.

Bon den Sparvereinen hiesiger Stadt, welche

im Jahre 1853 . . . . . 23,930 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf.  
im Jahre 1854 sogar . . . . . 37,381 " 26 " 4 "

aufgesammelt und zum größten Theile wieder verzahlt haben, sind im Jahre 1855 nur der erste und sechste in Thätigkeit geblieben, zu denen auch noch ein solcher „im blauen Hirsch-Bezirk“ getreten ist.

Die Gesamtsumme der Einlagen dieser Vereine und des Unterstützungs-Komitee für die Wasserbeschädigten Breslau's und dessen Landkreises ist demnach pro 1855 nur auf 13,934 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. angewachsen, wovon bis Ende Dezember 1855 wieder . . . . . 10,144 " 25 " 8 " zur Verzahlung gekommen sind.

Wie der Bericht des Magistrats vom 10. Februar 1856 anführt, sollen übrigens die Sparvereine, welche bekanntlich einer großen Menge hiesiger Einwohner Gelegenheit geben, die Kleinsten Einlage während des Sommers für die lange Zeit des Winters sich aufzusammeln, um sie daran gewöhnen, Vorsorge für die Zukunft zu treffen, im Jahre 1856 wieder über die ganze Stadt und deren Vorstädte in Wirklichkeit treten, wobei es sich darum handelt, diese so läbliche Einrichtung, ohne beschwerliche Weiterungen zu veranlassen, dennoch mehr der Mitwirkung und Überwachung der Stadtbehörde unterzustellen.

Breslau, 15. März. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen: Matthaiastraße Nr. 67 eine alte goldene Taschenuhr mit einer Perlenkette, zwei Mutterschrauben und eine Gewindestraube; aus einem auf der Oderstraße belegenen Schanklokal 1 Barbierbeutel, enthaltend 5 Rasiermesser, 1 Barbierbecken, 1 Kapsel und 1 Streichriemen; Ring Nr. 56 ein Paar schwarze Zeugschuhe.

Gefunden wurde: eine Summe Geld in Kassen-Anweisungen.

[Vorabfichtiger Selbstmord] Am 13. d. M. brachte sich ein Bewohner der Münzergasse in der Nachth, seinem Leben ein Ende zu machen, mittelst eines Barbiermessers eine Schnittwunde an der linken Seite des Halses bei, verlebte sich indeß dadurch nicht lebensgefährlich. Nachrungssorgen scheinen den Unglücklichen, welcher 50 Jahr alt, verheirathet, aber kinderlos ist, zu der beabsichtigten That getrieben zu haben.

[Unglückfall] An demselben Tage Nachmittags glitt ein beim Bau im hiesigen königl. Postgebäude beschäftigter Maurergeselle während des Abbrechens einer alten, nur wenige Fuß hohen Mauer von leichterer ab, fiel zur Erde und wurde durch ein ihm nachstürzendes Stück Mauer am rechten Oberschenkel nicht unerheblich verletzt, was seine Unterbringung im Hospital Allerheiligen nothwendig machte.

(Pol.-Bl.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen.

Die Nr. 62 des Pr. St.-A. bringt

1) eine Verfügung vom 29. Februar d. J., betreffend die portofreie Nachsendung von Akten bei Dienstreisen der Beamten;

2) eine Circular-Befehl vom 7. März d. J., betreffend die Bedingungen, von welchen die Genehmigung zur Errichtung von Aktien-Gesellschaften abhängig ist;

3) eine Verfügung vom 4. März d. J., betreffend die Verfahrensweise bei Abholung von Sendungen und den darüber auf Verlangen zu treffenden Abkommen;

4) ein Erkenntnis des k. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 21. Septbr. v. J., daß, wenn bauliche Anlagen den öffentlichen Verkehr einer Stadtgemeinde hemmen und deshalb von Seiten der Post-Zollbehörde unterlagt werden, gegen dergleichen Anordnungen der Rechtsweg unzulässig ist, dagegen Streitigkeiten über das Eigentum des zu den baulichen Anlagen bestimmten Platzes, sowie die Entschädigungs-Ansprüche, welche aus der Untersagung des Baues hergeleitet werden, dem Rechtswege unterworfen sind.

Die Nr. 63 des Pr. St.-A. bringt

die Circular-Befehl vom 19. Februar d. J., betreffend die exekutive Belebung von rückständigen Bestellgeldern.

Gerichtliche Entscheidungen, und Verwaltungs-Nachrichten &c. P. C. Es wird vor Gericht häufig, wenn Gefinde oder Arbeitsleute Ge-genstände, welche sie in der Behausung des Eigentümers und Dienstherrn zu behandeln haben, entwenden, seitens der Vertheidigung behauptet, daß solche Handlungen nicht als Diebstahl, sondern nur als Unterklagung anzusehen seien. Das königliche Ober-Tribunal hat daher kürzlich in einem Kalte Veranlassung gehabt, sich über diese Rechtsfrage auszusprechen. Nach Annahme derselben hörten Sachen, welche Wächtern oder Dienstboten von der Dienstherrschaft zur Beaufsichtigung oder Arbeitern zur Bearbeitung in der Behausung des Meisters oder Arbeitsgebers überlassen werden, dadurch nicht auf, in dem Gewahrsam des Dienstherrn resp. des Meisters oder Arbeitsgebers zu sein. Wenn daher von solchen Gegegnen der Wächter, Dienstbote, Geselle, Arbeiter &c. sich etwas rechtswidrig zueignet, so begeht derselbe einen Diebstahl.

P. C. Der Magistrat hat an die Vorstehenden der hiesigen Handwerker-Prüfung-Kommissionen einen Circular-Erlaß gerichtet, in welchem die Innungs-Prüfungs-Kommissionen bei den Gesellen- und Meister-Prüfungen auf die elementaren Schulkenntnisse der Examinierten achten, seine wohltätige Wirkung in einem erheblich gesteigerten Besuch der hiesigen Fortbildung-Institutionen zu zeigen beginnt. An diese Thatsache anknüpfend, weist der Erlaß darauf hin, wie einflussreich die Wirkung der Prüfungs-Kommissionen auf die Bildung des Handwerkerstandes ist, und wie sie durch immer strengere Ausübung des ihnen von den Innungen erteilten Mandats dahin streben müssen, daß in der Bildung, welche im Verein mit der Sittlichkeit auch die Grundlage des äußeren Wohlergehens für den Handwerkerstand bietet, dieser verhältnismäßig hinter keinem anderen Stande zurückbleibe. Das Prüfungs-wesen, heißt es, leide aber noch an einem anderen Mangel, der das Proletariat im Handwerkerstand befördert, und dessen Ursache sich nur wenige Prüfungs-Kommissionen haben sich die meisten Manipulation ihres Handwerks nur mechanisch eingerichtet, ohne über deren Grund nachgedacht zu haben, folglich auch ohne beurtheilen zu können, ob die Manipulation notwendig ist, oder ob sie nicht vortheilhafter erspart oder verändert werden könnte. Der angehende Meister lernt dieses Alles erst durch eigenen Schaden; er wird aber selten in der Lage sein, diesen Schaden überwinden zu können, vielmehr wird das kleine Kapital, mit welchem er den selbstständigen Gewerbebetrieb begonnen hat, bald vergeudet sein, die wenigen Kunden, auf welche er gerechnet hatte, werden abwendig gemacht sein, und der angehende Meister hat von vorn herein mit Roth und Schulden zu kämpfen, die ihn bald zum Proletarier machen. Die Prüfungs-Kommissionen können durch unzeitige Nachsicht bei den Meisterprüfungen einen grossen Theil der Schuld an der Vernehrung des Proletariats im Handwerkerstand auf sich laden, wenn sie bei der Prüfung nur auf die mechanische Fertigkeit der Examinierten, nicht aber auch darauf sehen, ob der Kandidat auch im Stande sein wird, diese mechanische Fertigkeit mit Nutzen für sich, für das Publikum und für den Handwerkerstand selbstständig zu verwerten, und wenn sie mit andern Worten fast durchgängig von der irrgreichen Annahme ausgehen, ein tüchtiger Geselle müsse auch ein tüchtiger Meister sein. — Der Erlaß erkennt an, daß in unsern Bildungsanstalten, was die ökonomische und wissenschaftliche Seite des Handwerks anbetrifft, eine gewisse Lücke vorhanden ist. Indessen bietet sich für den strebamen und denkenden Gesellen doch Gelegenheit genug, um seine Kenntnisse in dieser Beziehung zu bereichern, und zwar der Volksbibliotheken, Vereine, Blechungen seitens der Meister, die gewiß gern ertheilt werden, wenn der Geselle sie nur in Anspruch nimmt. Es wird daher die Erwartung ausgesprochen, daß die Gesellen durch eine angemessene und im Laufe der Zeit sich steigernde Strenge bei der Meisterprüfung auf diejenigen Wege werden hingewiesen werden, auf welchen sie sich die zu ihrer selbstständigen Existenz unumgänglich notwendige Kenntnis ihres Gewerbes verschaffen können.

### Berliner Börse vom 14. März 1856.

Fonds-Course.	Kölner-Minden Pr. 4 $\frac{1}{2}$  100% bez.

<tbl\_r cells